

Solidarität mit Grenzen

Zu: „Südafrika entwickelt mRNA-Impfstoff“, FR-Politik vom 14. Februar

Im Zusammenhang mit dem Thema Impfen wird ja hierzulande immer die Solidarität bemüht. Das ist auch richtig so, und die meisten Menschen in Deutschland, die sich impfen lassen konnten, haben sich ja auch so verhalten. Ich selbst bin auch zweifach geimpft und geboostert. Ausgerechnet bei den größten Impfstoffherstellern hört aber anscheinend die Solidarität an bestimmten Landesgrenzen auf, wenn es ums Geld verdienen geht.

Sollte eine weitere Impfung im Herbst notwendig werden, nehme ich dann lieber einen Totimpfstoff. Ich bin auch kurz nach der Boosterung – wie viele in meinem Umfeld – an Corona erkrankt. Es fragt sich dann schon, wie wirksam die mRNA-Impfstoffe überhaupt sind.

Susanne Helalat, Kassel

Erst Valuta, dann Vakzine

Johannes Dieterich schreibt mir in seinem Bericht (14.2., S.4) und Meinungsbild (S.11) aus dem Herzen! Der Verstand steht beinahe still und fassungslos vor der Erkenntnis, dass alle Beteuerungen der – sogar preisbedachten – Impfstoffhersteller für das Wohl und die Gesundheit der Menschen zu forschen und den Covid-Viren ihre Wissenschaftlerstirn bieten zu wollen, in Wahrheit vorgeschoben sind und dahinter die Absicht regiert, mit der schändlichsten und perverstesten Form der Profitmaximierung – mit monopolistischer Kartellbildung und Marktmacht – den in aller Welt der Pandemie Ausgelieferten ihre patentgeschützten Vakzine zu verkaufen. Analog zum Motto des internationalen Finanzkapitals: Erst Valuta, dann Vakzine ...

Mit ausschließlich Herzblut versorgte Denkgorgane könnten so was eigentlich nicht zustande bringen. Da muss schon Drachenblut im Spiele sein.

Heinz-A. Hetschold, Witten

Filetstücke in der City

Stuttgart 21: „Entgleiste Wende“, FR-Wirtschaft vom 17. Februar

Fehlt in dem sehr treffenden und stimmigen Kommentar von Stephan Hebel zu „Stuttgart 21“ nicht der Hinweis zu den völlig unterdiskutierten und möglicherweise Haupt-Motiven der oberirdisch freiwerdenden „Filetstück“-Flächen inmitten der Stuttgarter City? Sind da nicht ein Quadratmeter an Baulöwen, „Investoren“ (Heuschrecken), Vermietungs-AGs etc. versprochen/vergeben? Meiner Meinung nach lässt sich nur so die „Große Koalition“ der Befürworter erklären und auch die auffallende mediale Stille.

Dieter Fornoni, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220221

Putin tritt das Völkerrecht in die Tonne

Zu: „Putin entsendet Militär in den Donbass“, FR-Titel vom 22. Februar

Höhlenmenschen in rechthaberischer Aktion

Die Ukraine-Krise beängstigt, denn die Diplomatie scheint gescheitert. Was jetzt? Krieg? Heiß oder cyberkalt? Im besten Fall gibt's weiter strategische Finten, Machtpoker, Rechthaberei – also Höhlenmenschen in Aktion, während die Erde brennt und zu ersticken droht. Dann ist es irgendwann egal, wer welche Ansprüche geltend machen wollte. Heile, heile Mausespeck, in hundert Jahr ist alles weg. Harald Lesch war mir da im Internet eine Offenbarung mit seiner Vorlesung „Das Kapitalozän“ – schon von 2018, aber sein Fazit gilt mehr denn je: Wenn wir jetzt nicht umsteuern, können Kriege nicht so verheerend sein wie die Natur.

Merve Hölter, Frankfurt

Die Ukraine ist ein souveräner Staat

Wladimir Putin, aber auch die russische Föderation mit ihrer Allstaatspartei „Einiges Russland“ erkennen die Gebiete Luhansk und Donezk in der Ostukraine als unabhängige Staaten an. Dazu ist Folgendes zu sagen: Wenn einzig Russland diese Gebiete als unabhängig anerkennt, so ist das noch lange nicht völkerrechtlich bindend. Das ist eine Stimme unter 190 anderen Stimmen oder Staaten.

Dass Putin die Gebiete als unabhängig anerkennt, bedeutet die Aufkündigung einer friedlichen Diplomatie. Die Ukraine ist ein souveräner Staat, der keine Mitgliedschaft oder Bindung zur Nato hat. Die Ukraine wird überfallen, so deutlich muss man es schon sagen.

Rein völkerrechtlich weist die gegenwärtige Situation Ähnlichkeiten zu 1938 auf, zum Münchner Abkommen zwischen Chamberlain und Hitler: Heim ins Reich. Das gedemütigte Deutschland will seine Revanche und besetzt in der Tschechoslo-

wakei das Sudetenland. Eine ähnliche Situation haben wir im Februar 2022 an der Grenze zur Ukraine.

Die Ukraine ist wie die Tschechoslowakei ein souveräner Staat, damit seit 1991 völkerrechtlich anerkannt, seit George H. Bush und Michail Gorbatschow. Es sollte dringendst eine Sitzung des Sicherheitsrats der UN wegen der Ukraine stattfinden. Das Veto Russlands ist im Sicherheitsrat zu erwarten.

Stefan Vollmershausen, Dreieich

Haben wir Putin wirklich verstanden?

Die Ukraine als neuer Kriegsschauplatz? Die Vertreter der Staaten in EU und Nato haben ein klar definiertes Prozedere für Ordnung, Recht und Gesetz. Dazu bedarf es einer Anzahl von Regeln und Grundsätzen, die ethisch und moralisch unverbrüchlicher Bestandteil des Miteinanders in gegenseitiger Verantwortung sind. Werden diese Kriterien an einer Stelle verletzt, gibt es ein abgestimmtes Szenario von geschriebenen Noten, einbestellten Botschaftern und Telefonaten.

Mit dem heutigen Tag ist zu konstatieren, dass kein europäisches Land konkret an einen Krieg mit Russland gedacht hat. Die Nato hat die Signale eines Jungen gesendet, der von sich behauptet, dass er die Kirschkernkerne weiter spucken kann als jeder andere. Wer in Krasnojarsk, Semipalatinsk, Wladiwostok, in Texas, Washington oder Düsseldorf denkt an Krieg? Er wird doch gar nicht gewollt, und zerstörte Länder, wie Syrien, Jemen, Afghanistan und Irak sollten jedem Politiker vor Augen führen, dass mit konventionellen Waffen viel Leid, aber kein Frieden zu schaffen ist.

Es kann ja nicht ernsthaft gedacht werden, dass man möglicherweise mit strategischen Atomwaffen einen begrenzten

Konflikt beilegen kann. Ab hier sind die Fronten abgesteckt. Es wird von Putin vor diesem Hintergrund weitere strategische Planungen der Grenzsicherungen zum Westen geben, er wird sich vergewissern, wie die westliche Diplomatie reagiert, und wird sich deren Intonation zu eigen machen. Putins Geschäftsmodell lautet: Meine Rohstoffe werden allen immer wichtiger, meine Verhaltensweisen resultieren aus den Schwächen von EU und Nato und sind so konfiguriert, dass eine stabile Phalanx gegen Russland nicht zustande kommt, weil dies dann deutlich mehr wäre als ein regional beschränktes Scharmützel.

Es wäre an der Zeit, die völlig andere Denkweise Putins mal zu durchleuchten, statt mit westlicher Akkuratess zu meinen, ihm analytisch einen Vorhalt machen zu können. Der denkt ganz anders!

Hans-Werner Müller-Jording via FR-Blog

Der Kreml pflegt eine völkische Ideologie

Die Entsendung von russischen Truppen zur „Friedenssicherung“ in den Donbass ist mit der Annexion des Sudetenlandes 1938 gleichzusetzen, weil sie das eigene Volk völkisch überhöht und daraus territoriale Ansprüche ohne Rücksicht auf andere herleitet. Diese eklatante Verletzung des Völkerrechts durch den Kriegsbrandstifter im Kreml muss deshalb mit den härtesten wirtschaftlichen Sanktionen bestraft werden. Denn das ist die einzige Sprache, die dieser kleinen Größenwahnsinnigen und die ihn umgebenden Oligarchen verstehen. Ansonsten wäre es eine Einladung für Putin, weitere Nachbarländer, denen man die Staatlichkeit abspricht, zu besetzen und dem neuen „russischen Reich“ einzuverleiben.

Wolfgang Lackinger, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/donbas

Polarisierende Vorwürfe tragen nicht zur Verständigung bei

Zu: „Zwei Völker mit ungleichen Rechten“, und „Die fehlende Stimme“, FR-Meinung vom 8. und 10. Februar

Konkrete Vorschläge für den Friedensprozess

Ohne Israels Besetzung und folgenreiche Siedlungspolitik im Westjordanland rechtfertigen zu wollen, gehört es zur historischen Wahrheit, dass dieses Gebiet zuvor von Jordanien besetzt und anschließend annektiert worden war und erst nach dem jordanischen Angriff auf Israel im Sechs-Tage-Krieg von israelischen Truppen besetzt wurde.

Natürlich kann man die andauernde israelische Okkupation kritisieren, aber gleichzeitig sollte man zur Kenntnis nehmen, dass Israel schlechte Erfahrungen mit dem unilateralen Rückzug aus besetzten Gebieten ohne umfassende Friedenslösung gemacht hat: Nach dem israelischen Abzug aus dem Gaza-Streifen geriet dieser unter die Kontrolle der Hamas, in deren Charta das Exis-

tenzrecht Israels nicht anerkannt und zur Tötung von Juden aufgerufen wird, was sich nicht zuletzt im anhaltenden Raketenbeschuss Israels durch Hamas-Milizen im Gaza-Streifen manifestiert.

Der Vorwurf, dass Israel ein Apartheid-Regime etabliert habe, verkennt zum einen, dass mehr als eine Million arabische Israelis die vollen Bürgerrechte besitzen und die arabische Partei Ra'am sogar an der aktuellen israelischen Regierung beteiligt ist, und zum anderen, dass die Ausweitung der israelischen Staatsbürgerschaft auf die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland ein Schritt weg von der Zweistaatenlösung wäre, was wohl kaum im Sinne derer sein dürfte, die gegenwärtig die Apartheidsvorwürfe gegen Israel erheben. An die Stelle solcher polarisierender Vorwürfe sollten konkrete Vorschläge zur Initiierung

eines neuen Nahost-Friedensprozesses treten, so schwierig dieses Unterfangen auch sein mag.

Thomas Tews, Frankfurt

Ungleiche Rechte führen zu ständiger Diskriminierung

Alle Achtung! Der ehemalige Richter am Obersten Gericht in Jerusalem und zeitweise Generalstaatsanwalt in Israel, Michael Benyair, spricht in Bezug auf die Situation der palästinensischen Bevölkerung im von Israel seit über einem halben Jahrhundert besetzten Westjordanland von „israelische(r) Apartheid“, welche die Folge von ungleichen Rechten sei, die für die PalästinenserInnen eine permanente Diskriminierung bewirkten. Aufgrund seiner juristischen Funktionen sei er dauernd mit dieser Thematik beschäftigt gewesen, die darin enthaltenen Ungerech-

tigkeiten empfand er für sich als „fundamentales Dilemma“. Solches Reflexionsvermögen ist nicht selbstverständlich, das öffentliche Bekenntnis dazu – noch dazu hier in Deutschland mit seiner einschlägigen Vergangenheit – noch weniger! Mir kommt dabei Adorno in den Sinn mit seinem Aphorismus: „Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, sich weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht dumm machen zu lassen. Es gibt kein richtiges Leben im falschen.“ Adorno meinte sicherlich nicht nur JuristInnen und einige Artverwandte, sondern die gesamte Bevölkerung. Jedoch zeigt Benyairs Schilderung eindrucklich, wie sehr dieser Berufsstand tangiert sein kann, wenn den demokratischen und Menschenrechten der Wert zugebilligt wird, der ihnen gebührt.

Peter Leiß, Berlin